

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • Nr. 4 • 73. Jg, NOVEMBER 2022

ÖSTERREICHISCHE POST AG • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz

Warum wird alles teurer?

Und was können wir dagegen tun?

Seite 4



Reportage:

Teuerung –
Zwei Betroffene
berichten

Seite 6

Interview:

SPÖ OÖ Klubvorsitzende
Engleitner-Neu über Anti-
Teuerungs-Maßnahmen

Seite 8

Landesregierung:

ÖVP und FPÖ führen
Oberösterreich in
einen kalten Winter

Seite 11

Einfach da. Seit 130 Jahren.

Das Leben stellt ständig neue Anforderungen an uns alle. Umso wichtiger ist es, einen Partner zu haben, auf den Verlass ist. Seit 130 Jahren sind wir für das Land und seine Menschen da. Und das werden wir auch künftig tun.

Einfach da sein, wo Sie uns brauchen, um Zukunft zu gestalten und möglich zu machen.

Mehr Infos auf
www.energieag.at



130
JAHRE

ENERGIEAG
Oberösterreich
Wir denken an morgen



WIR MACHEN IHR EVENT MÖGLICH

Sie sind auf der Suche nach einem Wohlfühlraum, in dem Ihr Seminar, Ihre Besprechung, Sitzung oder Präsentation stattfinden kann?

Wir im Central Linz bieten Ihnen ideale Bedingungen für Ihr Event.



Das **Central Linz** ist die perfekte Location für Ihr Event. Von der Geburtstagsfeier der besonderen Art bis hin zum Firmenevent. Nutzen Sie unsere 300 m² mit Platz für bis zu 300 Personen als Spielwiese für Ihre Ideen.



 Folgen Sie uns auf Facebook &
 Instagram // @centrallinz

Alle Infos zu den Veranstaltungen &
zur Vermietung unter
www.centrallinz.at

Landstraße 36 | 4020 Linz | office@centrallinz.at | +43 5 7726 1199

Starke Vorsitzende brauchen starke Mitstreiter:innen



BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR

Die Vorsitzendenwahl durch die Parteimitglieder erfolgreich durchgeführt und den Parteitag positiv über die Bühne gebracht – gute, aber keine rasend aufregenden Nachrichten, könnte man/frau meinen... Die SPÖ Oberösterreich hat in den letzten Jahren aber mehrfach bewiesen, dass Derartiges nicht selbstverständlich ist.

Michael Lindner hat sich am Parteitag als unumstrittener Landesparteivorsitzender präsentiert. Er hat nicht nur offensive Ansagen gegenüber der Stelzer-ÖVP gemacht, er hat auch die Sozialdemokratie inhaltlich klar positioniert. Und er hat innerparteiliche Konfliktlinien nicht nur umschiff, sondern entschärft.

Jetzt beginnen aber auch für Michael Lindner die Mühen des politischen Alltags. Zu diesen Mühen gehört auch, dass sich nun viele Funktionär:innen der Partei quasi auf

die Zuschauerbänke setzen und genau beobachten, ob der neue Vorsitzende Fehler macht und dann zuwarten, wie er damit umgeht.

Mittel- und langfristig hervorragende Parteivorsitzende sind aber weder Alleinunterhalter:innen, noch sind sie Heilsbringer:innen. Starke Vorsitzende brauchen starke Mitstreiter:innen. Statt Zuschauer:innen braucht es Aktivist:innen.

Wir werden die Arbeit von Michael Linder jedenfalls im Bildungskurier begleiten und im Sinne einer erfolgreichen oberösterreichischen Sozialdemokratie mittragen.

Dieser Bildungskurier beschäftigt sich mit Teuerung und Ungleichheit. Denn nicht sozialdemokratische Funktionsträger:innen können das Leben der Vielen in der Gesellschaft erleichtern – das kann nur gute sozialdemokratische Politik.

Inhalt

- 4 Inflation:** Warum alles teurer wird und was dagegen zu tun ist, weiß Georg Hubmann.

- 6 Reportage:** Laura Wiednig lässt zwei Betroffene über die finanziellen Herausforderungen des Alltags in Zeiten der Rekordinflation erzählen.

- 8 Interview:** SPÖ Oberösterreich Klubvorsitzende Sabine Engleitner-Neu im Gespräch über notwendige politische Maßnahmen gegen die Teuerung.

- 10 Kinderarmut:** Den Kampf gegen Kinderarmut entschlossen zu führen, fordert Bernd Dobesberger.

- 11 Landesregierung:** Dass dank der schwarz-blauen Landesregierung den Oberösterreich:innen ein kalter Winter bevorsteht, befürchten Theresa Schobesberger & Žarko Janković.

- 12 Kommunalpolitik:** Den Gemeinden finanziell den Rücken zu stärken, um die Daseinsvorsorge abzusichern, ist das Anliegen von Bettina Lancaster.

- 13 Rückschau:** Die SPÖ Oberösterreich blickt auf eine erfolgreiche Landesbildungskonferenz zurück.



Produziert nach der Richtlinie des österreichischen Umweltzeichens, „Druckerzeugnisse“ Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844



Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
 Tel: 05-77 26 11-16, annemarie.obermueller@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at
Redaktion: Bernd Dobesberger, Katharina Gruber, Georg Hubmann, Manuel Kreuzer, Gerald Mitterlehner, Annemarie Obermüller, Peter Rohrmoser, Laura Wiednig
Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch
Hersteller: Gutenberg-Werbering Ges.m.b.H.
 Nr. 04/22, November, SPÖ OÖ-Info-Nr. 4/2022, GZ 02Z032837 M,
 P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Warum wird alles teurer?

Wie kann ich mir mein Leben in Zukunft noch leisten? Diese Frage stellen sich immer mehr Menschen in Österreich seit Monaten. Wie kommen wir da raus und was ist zu tun?

GEORG HUBMANN

Seit etwa dem Frühjahr 2022 dreht sich die öffentliche Diskussion immer wieder um die hohe Inflation. Mit dem heurigen Sommer und der langen politischen Diskussion über Energieversorgung und Teuerungsausgleiche ist sie aber spätestens jetzt, zu den Lohnverhandlungen im Herbst, zu einem der dominierenden politischen Themen geworden.

Was ist Inflation?

Die Inflation ist ein Maß für die allgemeine Teuerung. Sie wird regelmäßig von der Statistik Austria gemessen. Dazu wird ein Warenkorb festgelegt, in dem wichtige Produkte aus verschiedenen Bereichen (zum Beispiel Wohnen, Verkehr, Energie usw.) und auch des täglichen Bedarfs (zum Beispiel Lebensmittel, Kino, Restaurant, Urlaub etc.) enthalten sind. Die durchschnittliche Veränderung der Preise im Warenkorb im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr ist die Jahresinflationsrate. Weil die insgesamt gemessene Teuerung ein Durchschnitt ist, kann sie nach Produktgruppen unterschiedlich sein. So stiegen die Preise für Wohnen, Wasser und Energie diesen August im

Vergleich zum Vorjahr um 13,8 Prozent und waren damit die größten Preistreiber.

Warum ist die Inflation jetzt so hoch?

Lange Jahre lagen die Inflationsraten im Bereich von etwa zwei Prozent. Im August 2022 lag die Teuerung aber bei 9,1 Prozent; dieser Wert wurde zuletzt Mitte der 1970er Jahre erreicht. Dafür sind vor allem zwei Entwicklungen verantwortlich. Zum einen hat die Corona-Pandemie mit ihren Folgewirkungen globale logistische Abläufe durcheinandergebracht und es hat sich damit auch das Konsumverhalten vieler Menschen verändert. Zum anderen steigen seit Herbst 2021 die Preise für Energie – eine Entwicklung, die sich durch den Angriff Russlands auf die Ukraine noch massiv verschärft hat.

Die Folgen der Corona-Pandemie

Der Teuerungsanstieg begann 2021 als Folge der Corona-Pandemie. Im Jahr 2020 sanken die Preise für Energie und Treibstoffe aufgrund der Corona-Lockdowns massiv; im Jahr darauf stiegen sie wieder auf das Niveau vor der Pan-

DER AUTOR:

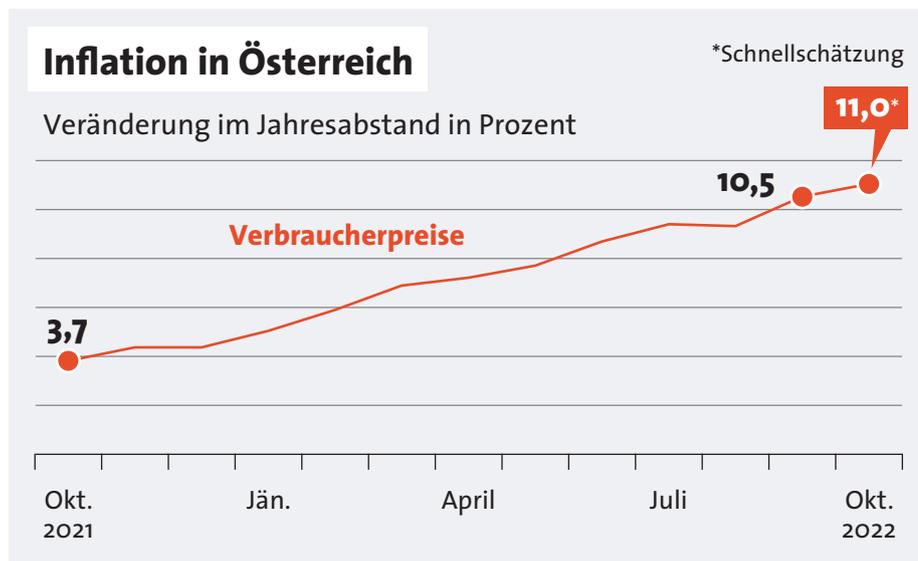
Georg Hubmann

ist Sozialwissenschaftler und leitet das Marie Jahoda – Otto Bauer-Institut. Viele spannende Hintergründe zu den angesprochenen Themen gibt es unter www.jbi.or.at



demie. Dieser Preisanstieg im Vergleich zum Vorjahr wirkt sich auch auf die Inflationsrate aus. Solche Entwicklungen werden als statistische Basiseffekte bezeichnet. Ähnliche Entwicklungen gab es auch in anderen Bereichen, wie dem Möbel- und Bekleidungshandel, wo sich Abverkaufszeiten durch die Lockdowns im Jahr 2020 verschoben und dadurch statistisch höhere Inflationsraten 2021 ausgelöst haben.

Aber nicht nur statistische Effekte haben eine höhere Inflation bewirkt, sondern auch die Tatsache, dass im Zuge der Corona-Pandemie die internationalen Handelsströme gehörig durcheinandergerieten und Lieferengpässe entstanden sind: Rückstaus von Schiffen auf großen Häfen, Knappheit bei Containern und natürlich die Arbeitsunterbrechungen als Folge der Lockdowns haben verschiedenste Probleme in den Lieferketten ausgelöst. Gleichzeitig wurden manche Produkte viel stärker als sonst nachgefragt; auch das führte zu Lieferverzögerungen. Die Folgen sind bis heute spürbar: Internationale Transporte wurden teurer und dauern länger, einige Produkte oder Produktteile, wie zum Beispiel Mikrochips, sind nicht mehr verfügbar und manche Händler:innen versuchen, ihre Beschaffungswege wieder in Richtung Europa zu verlagern.



Energiepreise steigen und treiben die Inflation

Ab Herbst 2021 begann sich die zweite große Ursache für die aktuell hohe Inflation aufzubauen. Seit Mitte 2021 sind die stark steigenden Preise für Energie und Treibstoff für einen Gutteil der Inflation verantwortlich. Das liegt vor allem an massiv gestiegenen Gaspreisen, die auch das Preisniveau für Strom und Öl mitbestimmen. Die Gaspreise sind im heißen Sommer 2021 bereits gestiegen, als viel Energie für Klimaanlagen benötigt wurde. Später kamen die gedrosselten Lieferungen Russlands an Europa dazu und seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine sind die Energiepreise nahezu explodiert. Das treibt die Inflation in einem Bereich massiv an und führt gleichzeitig dazu, dass auch Unternehmen in Bereichen, die von steigenden Energiepreisen nicht betroffen sind, die Preise erhöhen. Man spricht in dem Fall von einer Gewinn-Preis-Spirale, die die Teuerung weiter erhöht.

Wie kommen wir da raus und was ist zu tun?

Die stark steigenden Preise sind eine massive gesellschaftliche Herausforderung, die ökonomisch schlechter gestellte Familien und Haushalte am meisten trifft. Die Regierung hat einige

Anti-Teuerungspakete beschlossen, blieb aber nachhaltige politische Maßnahmen schuldig. Deshalb forderten über 32.000 Menschen, die mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund im September auf die Straße gingen: „Preise runter!“

„Die stark steigenden Preise sind eine massive gesellschaftliche Herausforderung, die ökonomisch schlechter gestellte Familien und Haushalte am meisten trifft.“

Für Viele sind die Aussichten auf den Winter schlecht. Viele Dinge des täglichen Bedarfs und Grundbedürfnisse, wie Lebensmittel, Heizung, Strom, Sprit oder Mieten, sind deutlich teurer geworden. In vielen Fällen können die Lohnsteigerungen oder die Anpassung von Sozialleistungen das nicht ausgleichen. Gleichzeitig haben einige Unternehmen Rekordgewinne verbucht, während andere Betriebe nicht mehr wissen, wie sie ihre – genauso wie bei den Privaten gestiegenen – Kosten decken sollen. Kurzum: Wir stecken mitten in einer

Teuerungskrise und dagegen braucht es entschiedenes politisches Handeln.

„Wir stecken mitten in einer Teuerungskrise und dagegen braucht es entschiedenes politisches Handeln.“

Genau deshalb machen die Forderungen der Gewerkschaften Sinn, einen Preisdeckel für Energie, Strom und Gas, eine Übergewinnsteuer für Energiekonzerne und eine Anti-Teuerungs-Kommission zur Kontrolle von Preisen und damit auch zu deren Regulierung einzuführen. Denn wenn gegen die Teuerung nicht rasch eingegriffen wird, zahlt auch diese Krise die Allgemeinheit, während die Gewinne und die Vermögen weiter steigen. Um aber allen Menschen und Kindern gerechte Chancen auf ein gutes Leben bieten zu können, brauchen wir eine Politik die diese Ungleichheiten gezielt angeht.

Viele Dinge des täglichen Bedarfs und Grundbedürfnisse sind deutlich teurer geworden. In vielen Fällen können die Lohnsteigerungen oder die Anpassung von Sozialleistungen das nicht ausgleichen.



Essen oder warme Wohnung?

Alles wird spürbar und innerhalb kürzester Zeit teurer. Zwei Betroffene berichten über die finanziellen Herausforderungen, die die Rekordinflation mit sich bringt.

LAURA WIEDNIG

Gas- und Strompreise schießen in die Höhe, auch Lebensmittel und Wohnen werden teurer. Für viele Menschen waren die alltäglichen Kosten schon vor den enormen Preissteigerungen eine Herausforderung; nun sind immer mehr akut von Armut betroffen oder bedroht – vor allem Familien, Alleinerziehende und Pensionist:innen, insbesondere Frauen und Kinder.

Explodierende Teuerung

In den vergangenen Monaten ist die Inflationsrate explodiert. Im September 2021 lag die Jahresinflation noch bei 3,3 Prozent. Bis zum September 2022 kletterte die Inflationsrate auf 10,5 Prozent – den Höchststand in den letzten 70 Jahren.

In Österreich müssen Haushalte mit massiven Mehrkosten rechnen. Bei der Wien Energie sollen Kund:innen 85 Prozent mehr für Strom und 97 Prozent mehr für Gas zahlen, wie der Anbieter kürzlich mitteilte. Für durchschnittliche Haushalte bedeutet das 57 Euro monatlich mehr bei Strom und 108 Euro monatlich mehr bei Gas. Die Linz AG nimmt ebenfalls die erste Tarifierhöhung für Bestandskund:innen seit zwölf Jahren vor. Und auch in anderen Ländern zeigt sich eine enorme Kostensteigerung, so

„Die neue Wohnung ist ohne Küche, dafür fehlt das Geld.“



etwa in Deutschland, wo die Gaspreise um etwa 75 Prozent gestiegen sind.

„Für eine Küche fehlt das Geld“

Der Winter steht vor der Tür und spätestens zum Jahresende folgt die Abrechnung. So fragen sich viele Familien: Essen oder warme Wohnung? So auch eine 27-jährige, alleinerziehende Mutter von zwei kleinen Kindern, deren zunehmende Geldnöte selbst den Wechsel zu einer günstigeren Wohnung erschweren.

„Der Winter steht vor der Tür und spätestens zum Jahresende folgt die Abrechnung. So fragen sich viele Familien: Essen oder warme Wohnung?“

„Notstandshilfe und Unterhalt für die beiden Kinder summieren sich auf 1410 Euro, von denen knapp die Hälfte für Fixkosten draufgeht. Meiner alten Arbeit kann ich nicht mehr nachgehen, weil eines meiner Kinder eine Behinderung hat und betreut werden muss“, berichtet sie.

Besonders eindrücklich ist die Schilderung der Frau über die Schwierigkeiten, eine günstigere Wohnung zu bekommen, weil das erst recht wieder weitere Aufwendungen (Kaution, Möbel, etc.) erfordert. „Die neue Wohnung ist ohne Küche, dafür fehlt das Geld“, so die alleinerziehende Mutter. Unterm Strich bleiben der Familie 700 Euro für Lebensmittel, Hygieneartikel, Kleidung, Mobilität und Gesundheit. Die steigenden Kosten für Heizung und Strom sind noch nicht miteinberechnet.

„Preiserhöhungen machen mir schwer zu schaffen“

Eine Pensionistin erzählt, wie sie sich durchkämpft. Frau K. (76 Jahre) lebt von ihrer Mindestpension in der Höhe von 870 Euro und einem monatlichen

DIE AUTORIN:

Laura Wiednig ist Landesgeschäftsführerin der SPÖ Frauen Oberösterreich.



Ehegattenunterhalt von 225,23 Euro in einer Mietwohnung. Sie bekommt 175 Euro Wohnbeihilfe monatlich.

„Auf Grund meiner vielen Erkrankungen, habe ich immer wieder zahlreiche Krankenhausaufenthalte. Wegen einer OP am Sprunggelenk musste ich eine Reha besuchen und danach eine Physiotherapie“, erzählt sie.

Aufgrund zahlreicher Krankheitsaufenthalte hatte sie 2021 Ausgaben von 1060,64 Euro im Rahmen des Selbstbehaltes bei der Sozialversicherung zu bewältigen. Monatliche Ausgaben teilen sich in 469,32 Euro Miete, 53 Euro Strom (Juli 2022) und 9,29 Euro für das Telefon. Jährlich bezahlt sie 186,39 Euro für ihre Haushaltsversicherung und 120,90 Euro für Fernsehen.

„Ich komme finanziell grundsätzlich immer über die Runden, aber die enormen Preiserhöhungen bei Miete, Strom und Lebensmitteln machen mir schwer zu schaffen“, klagt die Pensionistin.

Enorme Teuerungen bei günstigen Produkten des Alltags

Was die zwei betroffenen Frauen berichten, lässt sich anhand aktueller Zahlen nachvollziehen. Sonnenblumenöl, Mehl, Butter, Brot, Nudeln, Tomaten Shampoo & Co – ein Einkaufskorb mit preiswertesten Lebens- und Haushaltsmitteln kostet jetzt um ein Drittel mehr als noch vor einem Jahr. Genau heißt das, dass Konsument:innen im September 2021 für den Einkaufskorb durchschnittlich 51,22 Euro zahlen mussten und im September 2022 bereits durchschnittlich 68,2 Euro. Bei den günstigen

Produkten handelt es sich meist um Eigenmarken der Geschäfte, etwa Clever oder S-Budget. Der Preismonitor der Arbeiterkammer zeigt auch: Preiswerteste Produkte, vor allem Eigenmarken der Geschäfte, sind manchmal nicht mehr verfügbar. Konsument:innen können dann nur mehr ein schon von Haus aus teureres Markenprodukt kaufen. Auch die Preise für Fleisch stiegen um 14,3 Prozent. Gemüse wurde hingegen um „nur“ 12,1 Prozent teurer. Einen wahren Preisschock erlebt man dafür nach wie vor bei Ölen und Fetten.

Maßnahmen gegen die Teuerung

Endlich reagiert nun auch die Politik mit einem Entlastungspaket auf die Teuerungen. In Österreich kommt ab 1. Dezember 2022 die „Strompreisbremse“. Diese soll zukünftig Entlastung bringen und die Stromrechnung der Haushalte zu einem gewissen Teil subventionieren. In Deutschland war die Preisbremse Teil eines dritten Entlastungspakets, das die Regierung nach viel Kritik an ihren bisherigen Maßnahmen beschlossen hat. Neben der Preisbremse

Produkt	Sept. 21	Sept. 22	teurer um
Sonnenblumenöl (1 l)	1,19 €	3,13 €	163%
Mehl (1 kg)	0,4 €	0,8 €	100%
Teebutter (1 kg)	5,85 €	10,36 €	77%
Penne-Nudeln (1 kg)	0,78 €	1,28 €	64%
Tomaten (1 kg)	1,58 €	2,35 €	49%
Eier (Größe M, Bodenhaltung)	0,16 €	0,22 €	40%
Reis (Langkorn 1 kg)	0,79 €	1,06 €	34%
Mischbrotwecken (1 kg)	1,23 €	1,53 €	24%

bekommen die Menschen in Deutschland in Zukunft auch mehr Kindergeld.

Diese Maßnahmen sind erste Schritte in die richtige Richtung, doch sie reichen nicht aus. Denn die Teuerung treibt nicht nur Menschen in die Armut, sondern bringt jene, die schon prekär leben, in die Situation, alles zu verlieren. Während Ölkonzerne derzeit den Gewinn ihres Lebens machen, weiß eine zweifache Mutter nicht mehr, wie sie ihre Familie satt und warm halten

AK Preismonitor Oktober 2022 (Durchschnittspreise)

soll. Einmalzahlungen, wie etwa der Klimabonus, sind zwar kurzfristig wirksam, allerdings bringen sie keine dauerhafte Entlastung und retten erst recht nicht vor Armut. Es braucht eine knallharte Umverteilung und den Ausbau des Sozialstaates.

SPARKASSE 
Oberösterreich

#glaubandich



www.sparkasse-ooe.at

„Alle Hebel gegen die Teuerung in Bewegung setzen“

SPÖ Oberösterreich Klubvorsitzende Sabine Engleitner-Neu im Interview mit Bernd Dobesberger

Bildungskurier: Der Treiber der derzeitigen Inflationsrate von rund zehn Prozent sind die Energiepreise. Wie wirkt sich die Preissteigerung auf das Leben der Menschen in Oberösterreich aus?

Engleitner-Neu: Einerseits wirkt die Teuerung direkt, etwa an der Zapfsäule beim Tanken, was natürlich jene besonders belastet, die als Pendlerinnen und Pendler im ländlichen Raum unbedingt auf ein eigenes Auto angewiesen sind. Weiters trifft es jeden Haushalt direkt bei der allmonatlichen Stromrechnung und beim Heizen. Der Winter steht vor der Tür und es gab in den letzten Monaten über den Sommer schon Hamsterkäufe bei Brennholz und Pellets, was natürlich erst recht die Preise noch weiter ansteigen ließ. Beim Gas hat sich seit dem russischen Überfall auf die Ukraine der Preis vervielfacht, beim Heizöl annähernd verdoppelt. Andererseits wirkt die Teuerung der Energieträger indirekt. Es schlagen sich die Energiepreise auf sämtliche Produkte nieder, entweder weil zur Herstellung bzw. Verarbeitung Erdöl und Erdgas nötig sind oder eben, weil für den Transport zu den Verbraucherinnen und Verbrauchern folglich Energie aufgewendet werden muss.

Bildungskurier: Die Teuerung bei den Strom- und Heizkosten trifft ja alle, aber manche sind davon deutlich mehr betroffen als andere. Wer hat besondere Probleme mit den Preissteigerungen?

Engleitner-Neu: Ganz klar jene, die bereits vor der Krise mit wenig auskommen mussten, sprich Geringverdienerinnen und -verdiener, Alleinerziehende, Teilzeitkräfte, beeinträchtigte Menschen oder Mindestpensionistinnen und -pensionisten. Auch verfügt dieser Personenkreis ebenso wenig über relevante Rücklagen von denen die Betroffenen eine Weile zehren könnten. Viele Menschen sind also voll und ganz

auf Eingriffe seitens der Politik angewiesen, damit das Leben für sie wieder bezahlbar wird.

Bildungskurier: Was kann bzw. muss die Politik tun, um das wachsende Problem der Teuerung einzudämmen?

Engleitner-Neu: Wir müssen alle Hebel gegen die Teuerung in Bewegung setzen – und die gibt es auf jeder politischen Ebene.

„Wir müssen alle Hebel gegen die Teuerung in Bewegung setzen – und die gibt es auf jeder politischen Ebene.“

Auf der Landesebene sind das natürlich die bestehenden Beihilfen, wie die Wohnbeihilfe und der Heizkostenzuschuss, die mit der Inflation mehr als nur schritthalten müssen. Sie müssen für die Bezieherinnen und Bezieher jetzt Stütze durch die Krise sein, damit sie Wohnungen nicht verlieren oder darin frieren müssen. Die Situation würde auch eine Ausweitung des Bezieher:innenkreises erfordern, wo Schwarz-Blau abblockt. Auf Bundes- und EU-Ebene wiederum sind steuerrechtliche

„Nationale ‚Alleingänge‘ dürfen kein Tabu sein. Dass Preisdeckelungen auch national funktionieren, haben einige EU-Staaten wie Deutschland, Frankreich oder Italien beim Sprit erfolgreich vorgemacht.“

Fragen zu klären, Stichwort Übergewinne, die von Energiekonzernen im letzten Jahr rein aus weltpolitischen Verwerfungen

IM INTERVIEW



Sabine Engleitner-Neu ist stellvertretende Landesparteiobfrau, Klubvorsitzende sowie Sicherheitssprecherin der SPÖ Oberösterreich

heraus ohne eigenes wirtschaftliches Geschick eingefahren wurden; beispielsweise bei Elektrizität vor allem dadurch, dass sich in Europa der Strompreis an den Gaspreis als den im Moment teuersten Brennstoff für Kraftwerke bindet. Diese Dinge gehören auf EU-Ebene gelöst, etwa mit einem Gaspreisdeckel, der überfällig ist. Aber auch nationale „Alleingänge“ dürfen kein Tabu sein. Dass Preisdeckelungen auch national funktionieren, haben einige EU-Staaten wie Deutschland, Frankreich oder Italien beim Sprit erfolgreich vorgemacht.

Bildungskurier: Das Abfedern der Teuerungswellen ist zweifellos eine Aufgabe für die Politik auf allen Ebenen. Was tut die ÖVP-FPÖ-Koalition in Oberösterreich?

Engleitner-Neu: Sie hat erstmal gar nichts getan und ein Dreivierteljahr abgewartet, während alle anderen Bundesländer gehandelt haben und in ihrem ei-

genen Wirkungsbereich Hilfspakete zur Entlastung ihrer Bevölkerung auf den Weg brachten. Es ist ein bereits bekanntes Muster von Stelzer und Haimbuchner, darauf zu hoffen, dass erst der Bund etwas unternimmt, um selber ja keine Mittel aus dem Landesbudget aufbringen zu müssen, obwohl man durch die Teuerung sogar Mehreinnahmen lukriert hat. So ging die Landhauskoalition schon bei den Maßnahmen der Corona-Bekämpfung vor. Währenddessen sind unsere Vorschläge schon seit dem Frühjahr auf dem Verhandlungstisch gelegen, nur wurden unsere Anträge in den Ausschüssen dauernd bewusst hinausgezögert. Es ist uns als SPÖ Landtagsklub aber unterdessen gelungen, den Druck dermaßen zu erhöhen, dass auch Schwarz-Blau zumindest in Teilbereichen, wie beim Heizkostenzuschuss oder der Unterstützung für die Sozialmärkte, einlenken musste. Beim Heizkostenzuschuss gab es zumindest rückwirkend für die letzte Heizperiode eine Verdoppelung über eine Sonderzahlung – so wie wir es von Anbeginn an und dauerhaft gefordert haben. Eine generelle Verdoppelung auch für die Zukunft war unser Ziel, doch für diesen Winter wird der Zuschuss bloß um 25 Euro auf 200 Euro angehoben. Und

aus der von uns geforderten Sozialmarkt-Million wurden zumindest 800.000 Euro, wobei die Hälfte Warenspenden aus dem

„Es ist uns als SPÖ Landtagsklub gelungen, den Druck dermaßen zu erhöhen, dass auch Schwarz-Blau zumindest in Teilbereichen, wie beim Heizkostenzuschuss oder der Unterstützung für die Sozialmärkte, einlenken musste.“

Raiffeisen-Sektor sind. Dabei bräuchten Sozialmärkte so dringend auch in Sachen Energiekosten Unterstützung, um ihr Angebot aufrechtzuerhalten; denn auch sie stöhnen beim Treibstoff, dem Strom zur Kühlung und den Heizkosten. Da zu helfen, wird nur über finanzielle Mitbeteiligung des Landes gehen.

Bildungskurier: Was sind die Vorschläge der oberösterreichischen Sozialdemokratie, um die Folgen der Teuerung abzufangen?

Engleitner-Neu: Von Landesseite her müssen aus unserer Sicht alle Spielräume ausgeschöpft werden, genauso wie es alle anderen Bundesländer mittlerweile vollzogen haben, nämlich im Bereich der Heizkostenzuschüsse und der Wohnbeihilfen. Weiters gibt es natürlich Bereiche, die schon längst reguliert gehörten, wo allerdings ein Bundesland keinen Einfluss darauf hat, sprich gesetzgeberisch nicht zuständig ist. Auch dazu haben wir Handlungsoptionen aufgezeigt und dem Landtag als Resolutionen an die Bundesregierung bzw. für die EU-Ebene zur Beschlussfassung unterbreitet. Dabei geht es um Dinge wie eine gerechte Übergewinnsteuer oder Deckelungen bei Strom- und Spritkosten sowie auch um eine Entkoppelung der Preisbildung von Strom vom massiv teurer gewordenen Gas. Wie erwähnt wollte uns jedoch Schwarz-Blau keinen politischen Erfolg gönnen.

„Viele Menschen sind voll und ganz auf Eingriffe seitens der Politik angewiesen, damit das Leben für sie wieder bezahlbar wird.“



Kampf der Kinderarmut in ÖsterREICH

Österreich ist eines der reichsten Länder der Erde. Und trotzdem gibt es auch bei uns Armut. Das wiegt besonders schwer bei Kindern.

BERND DOBESBERGER

Die Statistik Austria weist für das Jahr 2021 etwas mehr als 1,5 Millionen Menschen in Österreich als „armuts- oder ausgrenzungsgefährdet“ aus, also 17 Prozent der Gesamtbevölkerung. Das sind erstens Personen, die mit maximal 60 Prozent des Medianeinkommens – also etwas mehr als 1.200 Euro netto im Monat – auskommen müssen. Daneben gehören auch noch Leute, die aus anderen Gründen sozial ausgegrenzt sind oder die nicht oder sehr wenig ins Erwerbsleben integriert sind, zu diesen Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten. Insbesondere Ein-Eltern-Familien, alleinlebende Frauen, Mehrkind-Familien, Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft oder mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen sind überdurchschnittlich oft betroffen.

Armut vererbt sich

Von den Neugeborenen bis zu den 17-Jährigen – also den Kindern und Jugendlichen – sind 20 Prozent von Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung betroffen. Bei den Kindern vor dem Schuleintritt sind es sogar 23 Prozent, also fast jedes vierte Kind unter sechs Jahren. Gäbe es in Österreich keine Leistungen des Sozialstaats, wären also alle nur auf ihr Erwerbseinkommen angewiesen, dann wären gar 37 Prozent der Kinder und Jugendlichen

unter 18 Jahren armutsgefährdet. Das heißt in Österreich dann beispielsweise, sich keinen Urlaub leisten zu können oder keine adäquate Winterkleidung kaufen zu können. Es kann auch mit sich bringen, dass eine kaputte Waschmaschine nicht ersetzt werden kann oder, dass es beim Heizen in der Wohnung Einschränkungen gibt. Armut in Österreich heißt aber auch, dass Betroffene kränker sind, eine geringere Lebenserwartung haben oder im Bildungsprozess benachteiligt sind. Und: Armut vererbt sich.

Volkshilfe und Kinderfreunde gegen Kinderarmut

Der Kampf gegen Kinderarmut muss daher auf mindestens vier Ebenen geführt werden: Die materielle Versorgung muss gewährleistet sein, die Gleichheit der Bildungschancen muss erreicht werden, die soziale Teilhabe muss sichergestellt werden und die gleiche gesundheitliche Entwicklung aller Kinder muss gegeben sein.

Insbesondere zwei Organisationen aus dem Umfeld der Sozialdemokratie widmen sich diesem Ziel: die Volkshilfe und die Kinderfreunde. Die Volkshilfe hat die Idee einer monatlich an die Erziehungsberechtigten auszahlenden „Kindergrundsicherung“ entwickelt, auf die jedes Kind und jeder Jugendli-

DER AUTOR:

Bernd Dobesberger ist Landesbildungsvorsitzender der SPÖ Oberösterreich.



che Anspruch hat. Die universelle Komponente in Höhe von rund 200 Euro würden alle Kinder bekommen – das würde die bestehenden Familienleistungen ersetzen. Dazu käme ein geprüfter, einkommensabhängiger Teil der Kindergrundsicherung. Bis zu 425 Euro im Monat würden, abhängig vom Familieneinkommen, für ein Kind bezahlt.

„Der Kampf gegen Kinderarmut muss für alle ein selbstverständliches Anliegen sein.“

Die Österreichischen Kinderfreunde wiederum fordern – neben der Kindergrundsicherung – durchgängig kostenfreie Kinderbildungseinrichtungen bis zum Schuleintritt und verstärkt pädagogische Aktivitäten in diesen Bildungseinrichtungen gegen die meist unbewusste Ausgrenzung von Kindern aus armutsgefährdeten Familien.

Diese Bemühungen gilt es zu unterstützen und weiter voranzutreiben, denn: Alle neoliberalen Behauptungen, dass Arme an ihrer Situation selbst schuld seien, stimmen nicht – noch weniger bei Kindern. Der Kampf gegen Kinderarmut muss für alle ein selbstverständliches Anliegen sein.

20 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Österreich sind armutsgefährdet.



ÖVP und FPÖ sorgen für kalten Winter in Oberösterreich

Die schwarz-blaue Landesregierung hat es verschlafen, wirksame Maßnahmen gegen die Rekordinflation zu setzen – zu Lasten der oberösterreichischen Bevölkerung.

THERESA SCHOBESBERGER UND ŽARKO JANKOVIĆ

Am 29. September fand die erste oberösterreichische Landtagssitzung nach der Sommerpause statt. Zuletzt tagten die politischen Vertreter:innen davor am 7. Juli – Zeit genug also, um zu reflektieren, wie man die Oberösterreicher:innen angesichts der rasanten Teuerung unterstützen könnte. Tatsächlich haben ÖVP und FPÖ den Sommer jedoch eher dazu genutzt, um den Kopf noch weiter in den Sand zu stecken.

Ober- und Niederösterreich Schlusslichter bei Heizkostenzuschuss

Der Winter steht vor der Tür und Viele wissen aufgrund der massiv gestiegenen Gaspreise nicht, wie sie ihre Wohnung heizen sollen. Die Menschen in Oberösterreich brauchen jetzt Hilfe. Es ist daher höchste Zeit, dass die schwarz-blaue Landesregierung endlich ins Tun kommt. Vorschläge liegen zu Genüge auf dem Tisch.

Nach monatelangem Drängen der SPÖ hat Schwarz-Blau nun endlich den Heizkostenzuschuss erhöht – allerdings lediglich von 175 Euro auf 200 Euro. Nur ein einziges Bundesland zahlt noch weniger: Das ebenfalls schwarz geführte Niederösterreich.

Dabei könnte die Situation völlig anders aussehen. Andere Bundesländer machen es vor: Das Burgenland etwa erhöht den Heizkostenzuschuss auf bis zu 700 Euro. Auch Wien hilft deutlich mehr: Mit einem neuen Energiekosten-Fördermodell übernimmt die Stadt für Haushalte, die Strom- oder Heizkosten nicht allein stemmen können, bis zu 500 Euro direkt beim Energielieferanten.

Eine effektive Entlastung der Bevölkerung wäre also auch in Oberösterreich möglich und scheitert einzig am Unwillen von Volkspartei und Freiheitlichen.

Gemeinden brauchen Hilfe

Von der Teuerung sind aber nicht nur einzelne Menschen betroffen. Auch Gemeinden brauchen dringend Unterstützung vom Land. Die Bürgermeister:innen versuchen sich vergeblich Gehör zu verschaffen, wenn sie nicht mehr wissen, wie sie den Betrieb von Schulen, Kindergärten oder Feuerwehren finanzieren sollen.

Dass die Gemeinden so unter der Teuerung leiden, liegt unter anderem an der Explosion bei den Energiekosten – Steigerungen von mehreren hundert Prozent stehen im Raum. Das führt dazu, dass das Geld dann in anderen Bereichen fehlt. Betroffen sind Schulsanierungen, der Ausbau von Kindergartengruppen oder steigende Gebühren, die an die Bürger:innen weitergegeben werden müssen.

Regierungskoalition muss endlich handeln

Seit Monaten setzt sich die SPÖ Oberösterreich für eine tatsächliche Entlastung der Menschen und der Gemeinden ein. In jeder einzelnen Landtagssitzung wurden Vorschläge eingebracht, die effektiv, schnell und treffsicher helfen können – alle wurden von ÖVP und FPÖ niedergestimmt.

Es wird Zeit, dass die Diskussion zur Unterstützung der Ober-

DIE AUTOR:INNEN:

Theresa Schobesberger und **Žarko Janković** arbeiten in der Kommunikationsabteilung der SPÖ Oberösterreich.



österreicher:innen ernsthaft geführt wird. Die Menschen dürfen nicht länger mit den Kosten für jede Krise – Corona, Krieg, Teuerung – alleingelassen werden. ÖVP und FPÖ müssen sich lossagen von dem Irrglauben, dass der Markt alles regeln kann. Ansonsten steht der oberösterreichischen Bevölkerung ein sehr kalter Winter bevor.

Die schwarz-blaue Landesregierung muss endlich ins Tun kommen. Ansonsten steht der oberösterreichischen Bevölkerung ein sehr kalter Winter bevor.



Daseinsvorsorge sichern – Finanzierungslücke in den Gemeinden schließen

Den von der Teuerung stark belasteten Gemeinden muss der Rücken gestärkt werden, um die Daseinsvorsorge nachhaltig abzusichern.

BETTINA LANCASTER

Hohe Treibstoff- und Energiepreise sowie steigende Baukosten treffen das Leistungsangebot der Kommunen für Bürger:innen mit voller Wucht. Erschwerend kommt hinzu, dass Kommunen als Arbeitgeberinnen, aufgrund schlechter Entlohnung, immer unattraktiver werden und Personalnot herrscht. Finanzierungslücken und Arbeitskräftemangel beherrschen den Alltag.

Es wird eng für die Gemeinden

In den 438 oberösterreichischen Gemeinden arbeiten viele engagierte, sozialdemokratische Kommunalpolitiker:innen für die Lebens- und Standortqualität im Bundesland. Sie leisten Großartiges zur Absicherung der existenziellen Bedürfnisse der Men-

„Es wird immer enger für die Gemeinden, die Leistungen der Daseinsvorsorge zu erbringen und die dazu nötige Infrastruktur bereit zu stellen.“

schen. Die Rahmenbedingungen dazu werden immer schlechter. Es wird immer enger für die Gemeinden, die Leistungen



der Daseinsvorsorge zu erbringen und die dazu nötige Infrastruktur bereit zu stellen. Die Bürgermeister:innen tragen hohe Verantwortung und werden für vieles persönlich haftbar gemacht. Sie stehen den Bürger:innen umfassend in Rede und Antwort, wenn einmal etwas nicht funktioniert.

Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter:innen fordern deshalb sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierung auf, die Finanzierung der Daseinsvorsorge bei gerechter Entlohnung der Mitarbeiter:innen in den

„Daseinsvorsorge darf nicht zur Überlebensfrage der Gemeinden werden.“

Städten und Gemeinden nachhaltig und insbesondere in Krisenzeiten abzusichern. Die Daseinsvorsorge-Infrastruktur, wie Pflichtschul- und Kindergartengebäude, Wasserversorgungs- und Entsorgungsanlagen, Feuerwehreinsetzungszentralen, aber auch innerörtliche Öffis zur Dekarbonisierung sowie Glasfaserausbau für die Digitalisierung brauchen dringend Geld, damit der Betrieb aufrechterhalten werden kann. Daseinsvorsorge darf nicht zur Überlebensfrage der Gemeinden werden.

Kommunen zum Thema machen

Der österreichische Vorsitzende des Gemeindevertreter:innenverbands, Andreas Kollross, unterstützt diese Forderungen, indem er unermüdlich und

In den 438 oberösterreichischen Gemeinden arbeiten viele engagierte, sozialdemokratische Kommunalpolitiker:innen für die Lebens- und Standortqualität im Bundesland.

DIE AUTORIN:

Bettina Lancaster

ist Bürgermeisterin der Gemeinde Steinbach am Zieberg, Vorsitzende des Gemeindevertreter:innenverbands Oberösterreich, SPÖ Bundesrätin und Bezirksparteivorsitzende der SPÖ Kirchdorf.



mit Nachdruck die kommunalen Interessen in den Nationalrat einbringt. Im Bundesrat sind es Dominik Reisinger und ich aus Oberösterreich sowie die Kärntner SPÖ-Bundesrats- und Bürgermeisterkollegen Ingo Appe und Günter Novak, die Kommunen zum Thema machen – zuletzt etwa im Oktober mit einer Dringlichen Anfrage an den Bundesminister für Finanzen: „Daseinsvorsorge in Gefahr – Herr Finanzminister, was tun Sie für die Städte und Gemeinden in der Teuerungskrise?“. Mit Tobias Höglinger gibt es einen starken Vertreter von kommunalpolitischen Anliegen im oberösterreichischen Landtag. Nicht zuletzt ergreifen auch viele Gemeinden selbst die Initiative und beschließen Resolutionen und Petitionen, um auf die Notlage hinzuweisen und sich Gehör zu verschaffen.

Leider verhalten die kommunalpolitischen Forderungen für die Vielen im gegenwärtigen Machtgefüge der oberösterreichischen Landes- und der Bundesregierung. Dort haben die Bedarfe der Gemeinden und Städte zur Sicherung der Daseinsvorsorge eine geringe Priorität. Das kann sich nur mit einem Mehr an Sozialdemokratie ändern: Landesparteivorsitzender Michael Lindner gibt den Kommunen den notwendigen Stellenwert.

SPÖ Landesbildungskonferenz: „Frieden! Sicherheit. Neutralität?“

Am 14. Oktober 2022 ging die Landesbildungskonferenz der SPÖ Oberösterreich unter dem Motto „Frieden! Sicherheit. Neutralität?“ im Central Linz über die Bühne.

Politische Begrüßungsworte kamen von Landesparteivorsitzendem Michael Lindner. Gedankt wurde seiner Vorgängerin Birgit Gerstorfer.

Bei den Neuwahlen für den Landesbildungsvorsitz wurde Bernd Dobesberger mit 100 Prozent wiedergewählt, genauso wie seine Stellvertreterin Manuela Hiesmair. In seinem Input wies Dobesberger darauf hin, wie essenziell eine präzise Analysefähigkeit und ein offensiver Umsetzungswillen für die Sozialdemokratie seien, um tatsächlich die Gesellschaft gestalten zu können.

Der Völkerrechtler Ralph Janik erläuterte in seinem Referat die Neutralität und legte den Unterschied zwischen

realen Verbindlichkeiten und diversen parteipolitischen Interpretationen dar. Die anschließende Diskussion mit Sicherheitsexpertin Silvia Angerbauer und OECD-Botschafter Erwin Buchinger zeigte deutlich auf, wie wichtig die Auseinandersetzung mit dem Thema Neutralität und Sicherheitspolitik ist. Es gilt, ein gemeinsames Bild innerhalb der SPÖ dazu zu entwickeln.

Die Landesbildungskonferenz verlief in einer diskussionsfreudigen und freundschaftlichen Atmosphäre. Neben den Inputs und Anträgen stand die Kommunikation untereinander im Mittelpunkt. Durch das Programm führte Manuela Hiesmair, musikalisch umrahmten „Hausgemacht“ die Konferenz.

Landesparteivorsitzender Michael Lindner eröffnete die Konferenz der Landesbildung.



Akteur:innen bei der Konferenz v.li.n.re:
LGF Florian Koppler, Landesbildungssekretärin Annemarie Obermüller, Moderatorin Manuela Hiesmair, die Diskutant:in Silvia Angerbauer, Erwin Buchinger und Ralph Janik, Mitarbeiterin Alexandra Shala, Landesbildungsvorsitzender Bernd Dobesberger.

Junge Generation OÖ

Alles neu in der Jungen Generation Oberösterreich!

Ab 02.11. darf die Junge Generation in der SPÖ Oberösterreich ihren neuen Landessekretär Simon Panholzer willkommen heißen. Der 22-Jährige hat seine politischen Wurzeln in der SPÖ Gallneukirchen, wo er auch als Gemeinderat aktiv ist. Simon startet motiviert in seine Funktion. Sein Hauptaugenmerk richtet er vorwiegend auf die Vernetzungsarbeit der jungen Gemeinderät:innen und der Landeszentrale.

Gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden Michael Mollner wurden schon erste Konzepte und Ideen für die kommenden Monate und Jahre erarbeitet. „Wir legen jetzt schon einen guten Start hin und haben das Ziel, unsere politischen Agenden in die Gemeinden und Bezirke zu tragen“, so der Vorsitzende.

Bundeskonzferenz der jungen Sozialdemokrat:innen

Im Rahmen der Bundeskonferenz am 15. Oktober wurde der Vorstand der Jungen Generation Österreich neu gewählt. Alle zwei Jahre findet die Tagung statt. Im Zuge der Vorsitzwahl konnte sich Michi Kögl aus Niederösterreich durchsetzen. Auch im neuen Vorstand gibt es oberösterreichische Beteiligung. Mit Pia Mayr, als Vorsitz-Stellvertreterin, sowie Selina Pargfrieder, Katharina Sperz, Ines Emersberger, Andreas Böck, Julian Deleja-Hotko, Julian Schöttl, Sebastian Illbauer und Stephan Penteker sind ganze neun oberösterreichische Gesichter auf Bundesebene vertreten.



Foto © JG Oberösterreich

Der neue Landessekretär der Jungen Generation OÖ Simon Panholzer mit JG-Vorsitzendem Michael Mollner.



Foto © Thomas Hude

Die Oberösterreich Delegation auf der Bundeskonferenz.

Jahoda-Bauer-Institut

Österreichs Weg in die illiberale Demokratie

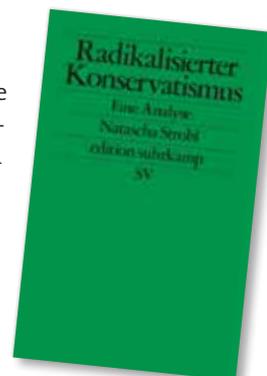
Das V-Dem-Institut an der Universität Göteborg stufte Österreich vergangenen Frühling von einer liberalen Demokratie zu einer Wahldemokratie herab, und damit in die

schlechtere der beiden Demokratiekategorien. Die Politikwissenschaftlerin Natascha Strobl sieht dafür einen Grund in der Wandlung der ÖVP von einer konservativen Volkspartei hin zu einer Partei des radikalisierten Konservatismus. In unseren Perspektiven hat Natascha Strobl die wesentlichen Merkmale des radikalisierten Konservatismus zusammengefasst und plädiert dafür unsere Demokratie mit allen möglichen Mitteln zu verteidigen. Mehr dazu unter: www.jbi.or.at/radikalisiert-er-konservatismus.

Merkmale des radikalisierten Konservatismus:



Für alle, die sich noch intensiver mit diesem Thema beschäftigen möchten: Natascha Strobl hat zu diesem Thema ein Buch mit dem Titel „Radikalisiert er Konservatismus“ verfasst und im Suhrkamp Verlag herausgegeben.



SPÖ Frauen OÖ

Equal Pay Day

„Wie lange noch?“ fragen die SPÖ-Frauen bei Aktionen in ganz Österreich. Die Frage richtet sich direkt an die Bundesregierung. 100 Jahre oder 10 Jahre, den Unterschied macht aktive Frauen- und Gleichstellungspolitik. Damit wir die Lohnschere endlich schließen braucht es echte Veränderung.

Noch immer klafft eine riesige Lohnlücke in Österreich, denn der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männer beträgt rund 17 %. Der bundesweite Equal Pay Day – jener Tag an dem Männer statistisch gesehen so viel verdient haben wie Frauen am Jahresende – ist in diesem Jahr am 30. Oktober. 63 Tage im Jahr arbeiten Frauen im Vergleich zu Männern in Österreich gratis. Oberösterreich hat im Bundesländervergleich nach Vorarlberg mit 21,1% **den höchsten Gehaltsunterschied** zwischen Frauen und Männer. Hier war Equal Pay Day bereits am 16. Oktober.



Foto © MecGreenie Production

Die SPÖ-Frauen Oberösterreich machten bei einer Aktion in der Plus City darauf aufmerksam und fordern: **Gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, besseres Lohngesetz, Arbeitszeitverkürzung, ganztägige und kostenlose Kinderbetreuung!**

GVV OÖ / SPÖ OÖ

Stadt – Land – Frust Europa Empfang der Regionen

Der **Europa Empfang der Regionen** stand unter dem Motto „Stadt-Land-Frust – Nicht mit uns!“ und drehte sich um die Konfliktlinien rund um Stadt und Land. Aktuell lebt einer von vier Menschen im OECD-Raum in einer Region, die gefährdet ist, von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt zu werden. Österreich ist von dieser Entwicklung zwar noch weitgehend verschont geblieben, doch auch hierzulande sind gravierende regionale Unterschiede zu verzeichnen.

Zu den aktuellen und künftigen Entwicklungen, und was eine aktive Sozialdemokratie tun kann, um dem Auseinanderdriften von Stadt und Land entgegenzuwirken, diskutierten GVV OÖ Vorsitzende Bettina Lancaster als Bundesrätin und Bürgermeisterin einer Landgemeinde mit Europaabgeordnetem Hannes Heide und unserem Landesrat für Gemeinden



Foto © Chris Guetl

EU-Abg. Hannes Heide, LR Michael Lindner und GVV OÖ Vorsitzende Bettina Lancaster stellten sich den Fragen von Susanne Pollinger und dem Publikum.

Michael Lindner. Durch die gut besuchte Veranstaltung führte Susanne Pollinger. Im Anschluss fand der Abend mit dem Genuss von regionalen Spezialitäten und musikalischer Umrahmung einen gemütlichen Ausklang.

Gemeindevertreterverband OÖ

Wechsel in der GVV-Geschäftsführung

Der Gemeindevertreterverband Oberösterreich hat einen neuen Landesgeschäftsführer. Lukas Russ hat mit 1. November 2022 die Geschäftsführung des GVV OÖ übernommen. Er löst damit den bisherigen LGF Manuel Kreuzer ab, der in die Bezirksgeschäftsführung nach Vöcklabruck gewechselt hat.

Der studierte Pädagoge und Gemeinderat aus Wallern an der Trattnach übernimmt die Funktion in einer für die Gemeinden sehr herausfordernden Zeit. „Als GVV Oberösterreich ist uns natürlich die Servicierung der Mandatar*innen

ein zentrales Anliegen. Jetzt müssen wir wieder mehr auf die Präsenz in den Gemeinden und Bezirken setzen, um uns nach der Pandemie wieder als starken Partner an der Seite der Gemeinden zu positionieren.“

Der GVV OÖ steht für Beratung und unterschiedliche Unterstützungsmaßnahmen allen sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktionen zur Verfügung.

Lukas Russ, Landesgeschäftsführer des GVV OÖ.



Renner Institut OÖ

Strategische Werkstatt für Führungskräfte

Der Lehrgang „Strategische Werkstatt für Führungskräfte“ ist Anfang Oktober gestartet. Die Teilnehmer:innen werden sich an sechs Wochenenden mit den Erfolgsfaktoren für eine konstruktive und gestaltende Politik auseinandersetzen. Das Trainer-Duo Gwendolin Jungblut und Achim Moeller begleitet die Führungskräfte aus der Kommunalpolitik und der SPÖ OÖ mit einem riesigen Erfahrungsschatz und immensem Knowhow.

Die Schwerpunkte des Lehrgangs beschäftigen sich mit der eigenen Persönlichkeit im öffentlichen Kontext genauso wie mit gesellschaftlichen Entwicklungen und Trends oder emotionalisierenden Wahlbewegungen. Karin Leitner steht der StraWe-Gruppe sowohl organisatorisch als auch mit Rat und Tat zur Seite.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen auch die Kamingespräche mit interessanten Persönlichkeiten aus der Politik, Verwaltung und Wissenschaft. Das erste Modul zeigte



Die Teilnehmer:innen am Lehrgang „Strategische Werkstatt für Führungskräfte“ strahlten beim ersten Weekend-Modul mit der Sonne um die Wette.

bereits die Vitalität und Motivation der SPÖ Führungskräfte. Das Interesse, gemeinsam zu lernen und tragende Netzwerke zu bilden, befeuerte die Gruppendynamik.

SPÖ Frauen OÖ / Renner Institut OÖ

Theater über das Leben von Marie Beutlmayr

Die SPÖ Frauen Oberösterreich organisierten gemeinsam mit dem Renner Institut Oberösterreich das Theater „Pfeift“ Anfang November.

Dieses Theaterstück handelt vom Leben der Marie Beutlmayr, die 1870 in Obern grub 6, Pfarre Neukirchen am Walde, geboren wurde. Aus der ledigen Tochter einer Magd wurde eine bedeutende Arbeits-, Frauenrechtlerin und Politikerin, die dann auf dem Höhepunkt ihrer politischen Arbeit als erste Frau überhaupt im oö. Landtag eine Rede hält.

Der Germanist Florian Haderer aus Waldkirchen am Wesen hat anlässlich ihres 150. Geburtstages dieses Stück verfasst. Er zeigt im Stück Marie Beutlmayr als eine Protagonistin der oberösterreichischen Arbeiterinnenbewegung, die es schafft, widrigen Umständen zu trotzen und sich im Netzwerk der erstärkenden Sozialdemokratie und der an Fahrt gewinnenden Ersten Frauenbewegung Gehör zu verschaffen.



Eindrücklich, berührend und nachvollziehbar präsentierten die Laienschau spielerinnen das schwere und kämpferische Leben der Marie Beutlmayr.

Landesbildungsvorsitzender Bernd Dobesberger gab eine kurze Einführung zu den Anfängen der Arbeiterinnenbewegung und zum Weg der Marie Beutlmayr bis in den OÖ Landtag, dem sie als erste Frau überhaupt angehörte.

